

Der Ländliche Raum in Brandenburg

– abgehängt und vernachlässigt oder voll im Trend?



Landespolitik für den
ländlichen Raum aus
LINKER Sicht

Die Linke

Fraktion im
Landtag Brandenburg

Inhalt

Vorwort	5
Die Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“	9
Warum eine Enquete-Kommission?	9
Arbeitsweise der Enquete-Kommission	9
Die Empfehlungen der Enquete-Kommission	10
Was ist aus den Empfehlungen der Enquete-Kommission geworden?	12
Wege zur Umsetzung	12
„Große Anfrage“: Zwischenstand 2021	13
Der Bericht der Landesregierung 2023	15
Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume aus LINKER Sicht	18
Situation der ländlichen Räume	18
Bilanz der Enquete-Kommission	20
Vorschlag von LINKS: Ein Masterplan für die ländlichen Räume	21
Ein Maßnahmenkatalog für den ländlichen Raum	22
Der Ländliche Raum hat Zukunft!	32



Fraktion im
Landtag Brandenburg

Fraktion Die Linke im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Telefon: 0331 966 1503
E-Mail: geschaeftsstelle@linksfraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Thomas Domres, Parlamentarischer Geschäftsführer

Text: Anke Schwarzenberg, Wolfgang Mädlow
Redaktionelle Mitarbeit und Lektorat: Gisela Zimmer

Titelbild: iStock 1161921873, Foto Editorial: Stefan Escher, agenturone
Stand: April 2024

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfwzwecken verwendet werden!
www.linksfraktion-brandenburg.de

Vorwort



Anke Schwarzenberg,
Sprecherin für den ländlichen
Raum

Brandenburg ist in mancher Hinsicht ein gespaltenes Land. Die Lebensbedingungen im Berliner Umland und in den berlinfernen Regionen unterscheiden sich gravierend. Immer mehr Menschen wohnen im berlinnahen Umland, und das führt einerseits zu positiven Entwicklungen, andererseits zu Wachstumsschmerzen, wie fehlende bezahlbare Wohnungen, immer höher steigende Mieten, überfüllte öffentliche Verkehrsmittel, Staus und fehlende Kitaplätze.

Demgegenüber haben viele ländliche Gemeinden noch immer mit Abwanderung und Bevölkerungsrückgang zu kämpfen – wobei sich dies in den letzten Jahren mancherorts wieder positiver entwickelt. Der ländliche Raum ist mit seinen unterschiedlich vorhandenen Entwicklungspotentialen vielfältig. Trotzdem zeigt sich, dass es immer schwieriger wird, die notwendige Infrastruktur für die täglichen Bedürfnisse aufrecht zu erhalten.

Ein Öffentlicher Nahverkehr steht nicht allen zur Verfügung, Dorfläden und inzwischen auch viele Gaststätten sind verschwunden, bis zum nächsten Facharzt müssen inzwischen lange Fahrtwege in Kauf genommen werden.

Der demografische Faktor macht sich gerade in den strukturschwachen ländlichen Räumen besonders bemerkbar. Oft fehlt es an Orten, an denen Menschen zusammenkommen können. Positive Entwicklungen gibt es vor allem dort, wo die Menschen die Geschicke ihres Ortes selbst in die Hand nehmen und Projekte voranbringen.

Die Verfassung des Landes Brandenburg gibt das Ziel vor, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Gleichwertig heißt nicht gleich – natürlich sind die Voraussetzungen in der Stadt andere als auf dem Land. Aber überall sollen sich Menschen wohlfühlen und ihre Lebensbedürfnisse erfüllen können und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss durch bessere Mobilität gesichert sein. Davon sind wir aktuell noch weit entfernt. Die Ausdünnung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat ihren Ursprung in den 90er-Wendejahren.

Eine Umfrage¹ vom Frühjahr 2023 zeigt: Mit fast allen Lebensbereichen sind die Menschen im ländlichen Raum Brandenburgs weniger zufrieden als diejenigen im Berliner Umland. Besonders ausgeprägt betrifft das die finanzielle Situation, die Freizeitmöglichkeiten, die medizinische Versorgung und die Stimmung der Menschen am Wohnort. Das schlug sich auch auf die allgemeine Stimmung nieder, die im ländlichen Raum viel häufiger mit „wütend“, „hilflos“, „abgehängt“ und „enttäuscht“ angegeben wurde.

Die Probleme der ländlichen Räume sind nicht neu. Der Landtag Brandenburg hat zu Zeiten der rot-roten Landesregierung 2015 eine Enquete-Kommission² einberufen, die 2019 nach intensiver Arbeit einen langen Katalog mit Empfehlungen vorgelegt hat, wie man dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse näherkommen kann. Diese Broschüre soll eine Standortbestimmung aus Sicht der Landtagsfraktion Die Linke und gleichzeitig ein Diskussionsangebot darstellen: Was hatten wir uns vorgenommen, was haben wir erreicht, wo gibt es weitere Defizite, was müssen wir als Nächstes tun?

¹ Repräsentativumfrage des IFM Berlin im Auftrag von DIE LINKE Brandenburg, Juni 2023.

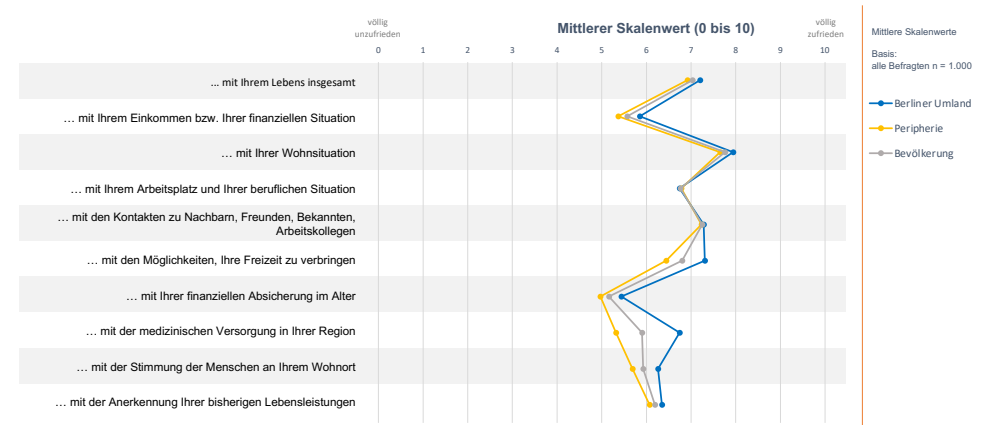
² Einsetzungsbeschluss: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/beschlpr/anlagen/1481-B.pdf>

Der Verlust von Arbeitsplätzen führte zur Abwanderung von Menschen und vor allem von jungen Menschen. Konzentration und Zentralisation von Produktionsprozessen verstärkten dies. Kommunen reagierten beispielsweise mit Schließungen von Kitas und Schulen und dem Abbau von weiteren Angeboten. Bis heute wirkt dieser Prozess nach. Grund ist auch die unzureichende finanzielle Ausstattung der kommunalen Familie. Die Notwendigkeit der Kosteneinsparung prägt viel zu häufig die Daseinsvorsorge und führt zu einer immer weiter fortschreitenden Ausdünnung der Angebote im ländlichen Raum. Hinzu kommen neue Herausforderung, wie z.B. der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien im ländlichen Raum.

Auch ein Mentalitätsunterschied ist nicht zu verkennen: Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung kommen selbst häufig aus der Stadt und wissen nicht so richtig, wie der ländliche Raum „tickt“. Das alles führt zu einer verbreiteten Unzufriedenheit in den ländlichen Regionen, zum Gefühl des „Abgehängtseins“, leider manchmal zunehmend auch zu einer inneren Abkehr vom demokratisch verfassten Staat.

Zufriedenheit mit Lebensbereichen

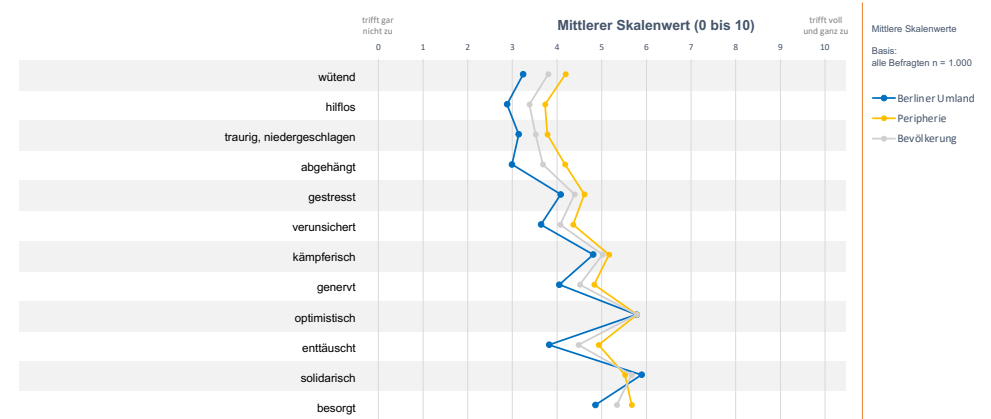
Mittelwerte nach Entfernung zu Berlin



Frage: „Wie zufrieden sind Sie persönlich alles in allem mit den folgenden Aspekten? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (völlig unzufrieden) und 10 (völlig zufrieden). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“
Basis: IFM-Umfrage Mai/Juni 2023; n=1.000 Befragte im Land Brandenburg ab 16 Jahren

Stimmung

Mittelwerte nach Entfernung zu Berlin



Frage: „Wenn Sie an Ihr Leben in Brandenburg denken. Wie würden Sie Ihre gegenwärtige Stimmungslage alles in allem beschreiben? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (trifft gar nicht zu) und 10 (trifft voll und ganz zu). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“
Basis: IFM-Umfrage Mai/Juni 2023; n=1.000 Befragte im Land Brandenburg ab 16 Jahren



Die Enquete-Kommission

„Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“

Warum eine Enquete-Kommission?

Enquete-Kommissionen des Landtages haben die Aufgabe, umfangreiche und bedeutsame Fragestellungen zur Vorbereitung wesentlicher Entscheidungen des Landtages durch Sammlung und Auswertung von Material sowie durch Anhörung von Sachverständigen und anderen Personen zu bearbeiten.

So steht es im Enquete-Gesetz Brandenburg.

In der Geschichte des Landes Brandenburg gab es seit 1990 zuvor nur drei Enquete-Kommissionen – das verdeutlicht den Stellenwert, den der Landtag bei der Einsetzung 2015 den ländlichen Regionen beigemessen hat. Der Vorteil einer Enquete-Kommission besteht darin, dass übergreifende Themen außerhalb des politischen Tagesgeschäftes beraten werden können. Und vor allem: Eine Enquete-Kommission besteht nicht nur aus Landtagsabgeordneten, sondern zusätzlich auch aus externen Fachleuten, die von den Fraktionen benannt werden. Auch der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund waren vertreten.

Dadurch erhöht sich die Fachexpertise im Ausschuss selbst, und parteipolitische Interessen und Erwägungen treten gegenüber der fachlichen Arbeit deutlich zurück.

Arbeitsweise der Enquete-Kommission

Um die Arbeit besser zu strukturieren, hat die Enquete-Kommission sechs Themenfelder benannt, mit denen sich jeweils eine „Berichterstattungsgruppe“ näher befasste. Es wurde ein erhebliches Arbeitspensum bewältigt: Die Enquete-Kommission selbst tagte 38 Mal, von den Berichterstattungsgruppen fanden 163 Sitzungen statt. Zahlreiche Sitzungen wurden an wechselnden Orten im ländlichen Raum selbst durchgeführt, wobei immer auch kommunale Vertreter*innen und Bürger*innen zu Wort kamen. Die Enquete-Kommission hat Fachleute zu Anhörungen eingeladen und Gutachten beauftragt. Die Mehrzahl der Sitzungen wurde im Livestream übertragen. Zusätzlich gab es ein Online-Dialogportal, in dem Zwischenergebnisse vorgestellt und von den Bürger*innen kommentiert werden konnten. Darüber hinaus hatten die Nutzer*innen die Möglichkeit, sich direkt mit ihren Anliegen und Vorschlägen an die Enquete-Kommission zu wenden.



Im Ergebnis hat die Enquete-Kommission im April 2019 ihren Abschlussbericht³ vorgelegt. In ihm werden für die einzelnen Themenfelder die erarbeiteten Grundlagen dargestellt und daraus Handlungsempfehlungen für die Politik abgeleitet. Über alle Themenbereiche hinweg wurden mehr als 270 Handlungsempfehlungen unterbreitet.

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission

Die Vorschläge der Enquete-Kommission sollten dazu beitragen, die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen zu sichern und damit die Grundbedürfnisse der Menschen abzudecken, den Kommunen eine selbstbestimmte Entwicklung zu ermöglichen, die regionale wirtschaftliche Wertschöpfung zu steigern und das Engagement der Menschen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Dabei wurden immer wieder auch Erfahrungen aus anderen Ländern und innovative Modellprojekte herangezogen.

Die Ergebnisse für die behandelten Themenfelder lassen sich folgendermaßen kurz zusammenfassen. Zu jedem Themenfeld gibt es dabei detaillierte konkrete Handlungsempfehlungen.

Planungsrecht und Siedlungsstruktur-entwicklung:

Hier geht es darum, die planerischen Grundlagen für die Entwicklung der ländlichen Räume zu schaffen. Vorgeschlagen wird eine Stärkung kleinerer Orte oder Kommunen als grundfunktionale Schwerpunkte mit auskömmlicher finanzieller Ausstattung. Die weiteren Vorschläge laufen darauf hinaus, der örtlichen Ebene stärkere Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsrechte zu geben und einen größeren Schwerpunkt auf Themen des ländlichen Raumes zu legen.

³ Abschlussbericht: https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/6/Abschlussbericht%20Enquete-Kommission%206-1%20-%20Finalfassung.pdf



Den gesamten Abschlussbericht online lesen

Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung:

Zur Ansiedlung von Unternehmen soll ein aktives Standortmanagement betrieben werden. Bestehende Unternehmen sollen unterstützt werden, so etwa bei der Unternehmensnachfolge. Die Fachkräftegewinnung inklusive Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen soll mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt werden. Fördermittel sollen speziell der ländlichen Entwicklung zugutekommen. In der Land- und Forstwirtschaft soll die regionale Verarbeitung und Vermarktung (unter Einbeziehung von Berlin) gestärkt werden.

Technische Daseinsvorsorge:

Der Digitalisierung wird eine hohe Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Sicherung der Daseinsvorsorge zugesprochen – Voraussetzung sind flächendeckend leistungsfähige Internetanschlüsse. Das Schienennetz ist auszubauen und die Taktichte zu erhöhen. Modellprojekte sollen zu einem flexiblen und nachfrageorientierten Angebot im öffentlichen Personennahverkehr führen. Die Struktur der Trink- und Abwasserversorgung muss zukunftsfähig ausgestaltet werden.

Soziale Daseinsvorsorge:

Die Kooperation von Kindertagesstätten soll gefördert und Fachkräftesicherung erleichtert werden. Schulstandorte sind zu erhalten und das „gemeinsame Lernen“ soll ausgeweitet werden. Die Bedarfsplanung für Ärzte soll angepasst und die Anerkennung von Berufsabschlüssen erleichtert werden, Modellprojekte wie nichtärztliche Krankenbetreuung, mobile Arztpraxen, Telemedizin sollen ausgewertet und erweitert werden. Für die Sicherung der Pflege sind neue Konzepte erforderlich. Wichtig sind darüber hinaus kulturelle Ankerpunkte in den ländlichen Räumen sowie Gemeinde- und Vereinshäuser.

Gesellschaftliche und politische Teilhabe:

Die Kommunen benötigen ausreichende finanzielle und politische Handlungsspielräume. Die örtliche Ebene soll durch Ortsteilbudgets und Ausweitung der Rechte der Ortsbeiräte gestärkt werden. Ein „Parlament der Dörfer“ kann eine eigene Interessenvertretung darstellen. Ehrenamtliches Engagement soll koordiniert und besser unterstützt werden. Rückkehr und Zuwanderung sind zu unterstützen und das Engagement neuer Akteure soll gefördert werden. Die freiwilligen Feuerwehren sollen gestärkt und durch hauptamtliche Kräfte unterstützt werden.

Was ist aus den Empfehlungen der Enquete-Kommission geworden?

Wege zur Umsetzung

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission ist 2019 kurz vor Ende der 6. Legislaturperiode vorgelegt worden. Aus diesem Grund wurde die zukünftige Landesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen aufgerufen.⁴

Positiv muss erwähnt werden, dass die rot-rote Landesregierung parallel zur Arbeit der Enquete-Kommission bereits einige wichtige Empfehlungen umgesetzt hat, so beispielsweise die Einrichtung grundfunktionaler Zentren zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Die im Herbst 2019 gebildete neue Regierungskoalition aus SPD, CDU und Bündnis90/Grüne ist in ihrem Koalitionsvertrag⁵ auf die Enquete-Kommission eingegangen.

Dort heißt es, die Empfehlungen der Enquete-Kommission würden aufgegriffen, geteilt und berücksichtigt. Einige der konkreten Vorschläge finden sich auch im Koalitionsvertrag wieder, jedoch fehlen Hinweise darauf, wie die Empfehlungen systematisch abgearbeitet werden sollten.

Deshalb hat die Linksfraktion dem Landtag bereits im November 2019 einen Antrag⁶ vorgelegt, der (neben der Einführung eines Monitorings zu den Lebensverhältnissen und einer Förderstruktur für den ländlichen Raum) eine Koordinierung der Umsetzung der Empfehlungen durch die Staatskanzlei und einen konkreten Umsetzungsplan vorgeschlagen hat. Dieser wurde jedoch von der Mehrheit der „Kenia-Koalition“ im Landtag abgelehnt, ohne dass alternative eigene Vorschläge vorgelegt wurden.

Somit blieb im Unklaren, wie genau mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission verfahren werden würde.

⁴ Beschluss vom Mai 2019: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/bschlpr/anlagen/11398-B.pdf>

⁵ Koalitionsvertrag 2019: https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf (Seite 6+7)

⁶ Landtagsantrag November 2019: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_0100/148.pdf

Von den 274 Handlungsempfehlungen waren zu diesem Zeitpunkt lediglich 18 bereits umgesetzt, davon fast die Hälfte noch in der vorherigen Wahlperiode.

„Große Anfrage“: Zwischenstand 2021

Um herauszufinden, wie der Umsetzungsstand der Empfehlungen ist und wie die Landesregierung daran arbeitet, hat die Linksfraktion dann im Landtag eine Große Anfrage eingebracht.

Hier wurde in 274 Fragen der Bearbeitungsstand jeder einzelnen Handlungsempfehlung abgefragt, die die Enquete-Kommission formuliert hatte. Die Antwort⁷ wurde von der Landesregierung im Januar 2021 vorgelegt.

Die Antwort fiel nach Einschätzung der Linksfraktion ernüchternd aus. Von den 274 Handlungsempfehlungen waren zu diesem Zeitpunkt lediglich 18 bereits umgesetzt, davon fast die Hälfte noch in der vorherigen Wahlperiode (SPD/LINKE Landesregierung).

Für 70 weitere Empfehlungen wurde angegeben, dass sie teilweise umgesetzt waren oder die Umsetzung in Arbeit ist.

Für 36 Maßnahmen gab die Landesregierung eine Absichtserklärung ab, ohne konkrete Umsetzungsschritte zu benennen.

In 116 Fällen blieb die Antwort unklar: entweder wurde lediglich auf vergangene Aktivitäten (vor dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission) verwiesen oder die Antworten fielen ausweichend aus. Ob die Landesregierung die Umsetzung dieser Vorschläge verfolgt, blieb also offen. Und schließlich wurde für 34 der vorgeschlagenen Maßnahmen ausdrücklich angegeben, dass eine Umsetzung aus fachlichen oder finanziellen Gründen nicht geplant sei.

⁷ Antwort auf Große Anfrage 2021: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_2800/2874.pdf

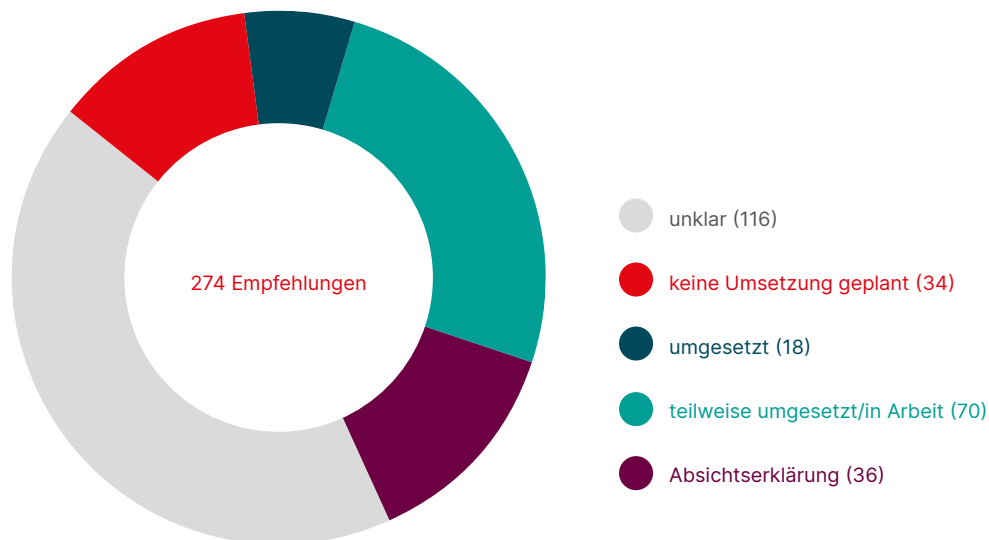


Abbildung: Umsetzungsstand der Empfehlungen der Enquete-Kommission nach der Antwort auf die Große Anfrage 2021.

Bei über der Hälfte der Empfehlungen konnte also nicht davon ausgegangen werden, dass die Landesregierung an der konkreten Umsetzung arbeitet.

Um die Umsetzung doch noch voranzubringen, hat die Linksfraktion im April 2021 in einem Entschließungsantrag⁸ erneut gefordert, die Landesregierung möge die Handlungsempfehlungen in den einzelnen Ressorts abarbeiten und auch die Fachausschüsse des Landtages sollten sich mit dem Umsetzungsstand befassen und dazu Beschlussempfehlungen vorlegen.

Dem wollte sich die Landtagsmehrheit der Koalitionsfraktionen nicht anschließen.

Stattdessen drückte sie einen Beschluss⁹ durch, der lediglich unverbindlich Themenfelder aufführte, mit denen sich der Landtag befassen sollte – allerdings ohne Aussage, wie die Ergebnisse dokumentiert werden sollten. Immerhin wurde die Landesregierung aufgefordert, bis Ende 2022 einen neuen Umsetzungsbericht vorzulegen.

⁸ Entschließungsantrag April 2021: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_3300/3368.pdf

⁹ Landtagsbeschluss April 2021: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/beschlpr/anlagen/3420-B.pdf>

Der Bericht der Landesregierung 2023

Den vom Landtag angeforderten Bericht¹⁰ hat die Landesregierung im März 2023 vorgelegt. Er zeichnet zunächst ein sehr positives Bild der Entwicklung des ländlichen Raums. Einführend heißt es im Bericht:

„Seit dem Abschlussbericht der EK 6/1 im Jahr 2019 hat sich die Situation in den Regionen des Landes Brandenburg deutlich verändert. Brandenburg hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt, was sich auch räumlich ausgewirkt hat. Der überwältigende Trend ist, dass immer mehr Teilräume von Brandenburg von der Ausstrahlung der Bundeshauptstadt Berlin und anderer Metropolregionen profitieren. #jwd – jeder will dahin ist nicht nur der neue Slogan des Landesmarketings, sondern erlebte Wirklichkeit in Brandenburg. Das hat insbesondere auch auf die ländlichen Räume positive Auswirkungen.“

Auch die weiteren Ausführungen im Bericht lesen sich überwiegend wie eine Erfolgsgeschichte, indem verschiedene Aktivitäten und Erfolge der Landesregierung dargestellt werden. Es fehlt jedoch – anders als vom Landtag beauftragt – für die meisten Fachthemen eine systematische Auseinandersetzung mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission und dem Umsetzungsstand. Probleme und nicht umgesetzte Empfehlungen werden schlicht nicht erwähnt.

Die Mobilität ist ein Thema von zentraler Bedeutung für den ländlichen Raum, mit dem sich die Enquete-Kommission ausführlich befasst hat. Der Bericht der Landesregierung beschränkt sich demgegenüber auf einen kurzen Absatz zum Autonomen Fahren. Die Vorschläge der Enquete-Kommission zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs bleiben völlig unkommentiert.

Ähnlich sieht es beim Thema Siedlungswasserwirtschaft aus: Hier werden zwar ausführlich Herausforderungen und Entwicklungen bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung ausgeführt. Der Leser oder die Leserin erfährt jedoch nicht, dass die Vorschläge der Enquete-Kommission in diesem Bereich weitgehend nicht umgesetzt worden sind.

Eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen sind mehr oder weniger stark angearbeitet, oder es gibt ältere und ohnehin laufende Aktivitäten in diesen Bereichen. Die Enquete-Kommission hat Handlungsbedarf jedoch vornehmlich dort formuliert, wo ihrer Einschätzung nach bisherige Aktivitäten nicht ausreichten. Inwieweit es hier zu einer Intensivierung und zu neuen Maßnahmen gekommen ist, ist vielfach aus dem Bericht nicht herauszulesen.

¹⁰ Bericht der Landesregierung 2023: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_7400/7475.pdf



Beispiele für umgesetzte Empfehlungen:

- Einrichtung von „Grundfunktionalen Schwerpunkten“ und deren finanzielle Unterstützung
- Verbesserungen im Pakt für Pflege im ländlichen Raum
- Stimmrecht für Gemeinden ab 5.000 Einwohnern in den Regionalversammlungen
- Ausweitung Telemedizin
- finanzielle Beteiligung der betroffenen Gemeinden an Windkraftprojekten
- Förderung kultureller Ankerpunkte
- Einführung eines Regionalbudgets
- Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit in Kitas
- Ausweitung der landwirtschaftlichen Beratung
- Start der ersten Landlehrerstipendien als Anreiz für Absolventinnen und Absolventen
- Prämienhöhung für Ökolandbau, Ökoaktionsplan
- Ausweitung der Schulsozialarbeit
- Fördermöglichkeit von Dorfläden
- Einführung von Ortsteilbudgets
- gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin
- Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung
- Förderung des „Parlaments der Dörfer“

Beispiele für nicht umgesetzte Empfehlungen:

- Weiterentwicklung der Regionalplanung zu Regionalentwicklung und -management
- Dienstleistungsangebote des Landesforstbetriebs für Waldbesitzer bis 100 ha
- Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie für die Landwirtschaft
- Erhöhung regionaler und ökologischer Verpflegung in Landeseinrichtungen
- Ausweitung des Schienenpersonenverkehrs (SPNV) über die „i2030“-Projekte hinaus
- Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
- vollflexible Flächenrufbusse einrichten
- Einrichtung von Mobilitätsketten durch bessere Abstimmung der Verkehrsträger
- flächendeckendes Gigabit-Internetangebot
- Strukturanpassungen bei Aufgabenträgern der Siedlungswasserwirtschaft
- kostenfreies Mittagessen in Kitas
- Schulgesundheitskräfte an allen Schulen
- Ursachenuntersuchungen des überdurchschnittlichen Pflegebedarfs in Brandenburg
- Landärztestipendium wurde begonnen, dann aber stark gekürzt
- Verbesserung des Berufsanerkennungsverfahrens für ausländische Fachkräfte nicht ausreichend
- Fachkräftesicherung im Rahmen des Paktes für Pflege
- Verabschiedung eines Kulturfördergesetzes
- Ausdehnung der Initiative „Profis für Praxis-Kita“ auf alle Regionen des ländlichen Raums
- Ergänzende Ausbildungsmodelle und Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen
- Bessere Unterstützung inklusiver Kitas
- Flexible Regelungen zum Kita-Bau im ländlichen Raum
- Einführung von Schulverbänden zum Erhalt von Schulstandorten
- Erarbeitung einer Jugendstrategie
- regelmäßige allgemeinverständliche Broschüren zur Kommunalverfassung
- Erarbeitung einer Engagementstrategie
- regionale Koordinierungsstellen für das Ehrenamt (Förderung wurde wieder eingestellt)

Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume aus LINKER Sicht

Situation der ländlichen Räume

Der Bericht der Landesregierung zeichnet ein verzerrtes Bild der ländlichen Räume. Zwar ist es richtig, dass die Bevölkerungsabnahme nicht überall so eingetreten ist wie vor einigen Jahren befürchtet, dass es auch im Ländlichen inzwischen mancherorts Zuzug gibt. Und ebenso ist es richtig, dass einiges unternommen wurde, um Projekte im ländlichen Raum voranzubringen und die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Dennoch muss vielerorts zukünftig mit einem weiteren deutlichen Bevölkerungsrückgang gerechnet werden. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung¹¹ vom April 2023 prognostiziert beispielsweise für die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Prignitz und Uckermark Bevölkerungsrückgänge im zweistelligen Prozentbereich (zwischen 11,1 und 17,1 %) bis 2040.

Und an den strukturellen Defiziten und Problemen hat sich nichts Grundlegendes geändert – im Gegenteil. Im öffentlichen Personennahverkehr hat sich seit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission nichts verbessert.

Wer auf dem Land wohnt, ist nach wie vor auf sein eigenes Auto angewiesen, dessen Einsatz immer teurer wird. Im Norden Brandenburgs sind ländliche Bahnstrecken eingestellt worden, statt weitere zu eröffnen.

Der Fachkräftemangel macht sich gerade im ländlichen Raum besonders stark bemerkbar, weshalb es vielerorts an Dienstleistungen fehlt. Für einen Facharztbesuch muss man auf dem Land inzwischen sehr weit fahren, und selbst Hausarztpraxen brechen zunehmend weg. Im Zuge der angekündigten Krankenhausreform werden kleinere Krankenhäuser infrage gestellt. In Neuruppin standen zwei wichtige Fachabteilungen des Krankenhauses kurz vor der Schließung, in anderen Städten schlossen die Geburtsstationen. Sparkassen- und Bankfilialen schließen, das Angebot an Gaststätten dünnt aus.

Vierorts fehlen in den Dörfern Begegnungstätten, die den sozialen Zusammenhalt stärken könnten.

11 https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/Laenderbericht-Brandenburg.pdf

In der Prignitz wurde kürzlich die Druckausgabe der regionalen Zeitung eingestellt. Immer noch verfügen große Gebiete nicht über einen Glasfaseranschluss und damit über wirklich schnelles Internet. Die meisten Gemeinden leiden unter chronischem Geldmangel, so dass sie selbst ihren Pflichtaufgaben in der Daseinsvorsorge nur schwer nachkommen können und Geld für freiwillige Aufgaben kaum zur Verfügung steht. Kein Wunder, dass die Unzufriedenheit der Menschen im ländlichen Raum wächst und viele sich abgehängt fühlen.

Im Zuge der Forstreform hat das Land die Standorte der Oberförstereien von 30 auf 14 reduziert. Unter anderem ist die Oberförsterei in Lieberose weggefallen. Unter der Presseüberschrift¹² „Oberförsterei schließt – Stadt fühlt sich verraten und verkauft“ wird die Bürgermeisterin zitiert: „Das Pfarramt ist weg, die Polizei, die Volksbank, seit Kurzem ist auch die Gaststätte in der Darre geschlossen“. Weiter heißt es in dem Artikel: „Trübe Aussichten für Lieberose, der Stadt, deren Bewohner sich seit Jahren von der Politik abgehängt fühlen.“

„Wir müssen sagen, was ist, und danach handeln“ – mit diesem Rezept will Ministerpräsident Woidke die Akzeptanz für die Landespolitik verbessern.¹³

Der Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission bietet genau das Gegenteil: Eine schwierige Situation wird schöngeredet, es werden ausschließlich Erfolge dargestellt ohne Defizite und Probleme zu benennen. Und demzufolge ist von der Landesregierung auch kaum zu hören, an welchen Stellen um- und nachgesteuert werden muss.

Auch den Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Grüne ist dazu nicht mehr eingefallen, denn sie haben im Landtag den Bericht lediglich „zur Kenntnis genommen“, ohne eigene Vorschläge einzubringen¹⁴. Demgegenüber hatte die Linksfraktion einen umfangreichen Katalog mit Handlungsvorschlägen vorgelegt, den die Regierungsmehrheit ersatzlos abgelehnt hat.¹⁵

12 Lausitzer Rundschau, Ausgabe Guben, 18.10.2023

13 Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.6.2023

14 Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom Februar 2024: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_9200/9234.pdf

15 Entschließungsantrag Linksfraktion Februar 2024: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_9200/9243.pdf

Die einzelnen Ressorts haben sich diejenigen Punkte herausgesucht, die gerade in ihr eigenes Konzept passten und finanzierbar waren.

Bilanz der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission hat von 2015 bis 2019 wertvolle Arbeit geleistet und mit großem Aufwand, viel fachlichem Input und mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Handlungsempfehlungen für die ländlichen Räume erarbeitet. Sie hat damit auch das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die besonderen Probleme des ländlichen Raumes geschärft.

Die Erfolgsbilanz fällt nach fünf Jahren allerdings durchwachsen aus. Einige wichtige Vorschläge wurden aufgegriffen und umgesetzt, manche davon sogar (unter rot-roter Regierungsverantwortung) parallel zur Arbeit der Enquete-Kommission. Durch die ergriffenen Maßnahmen und Förderprojekte gab es sicher punktuell positive Entwicklungen im ländlichen Raum, aber keine durchgreifende Verbesserung der oftmals prekären Gesamtsituation.

Ein Grund dafür ist aus Sicht der Linksfraktion im Landtag, dass die Landesregierung den Bericht nicht als grundlegende Handlungsrichtlinie für ihre Politik aufgefasst hat. Es gab keine systematische Abarbeitung der einzelnen Vorschläge und keine Erfolgskontrolle, sondern die einzelnen Ressorts haben sich diejenigen Punkte herausgesucht, die gerade in ihr eigenes Konzept passten und finanzierbar waren. Und so ist eben vieles liegen geblieben.

Begünstigt wurde das Vorgehen dadurch, dass die Enquete-Kommission selbst ihre Vorschläge häufig nicht sehr konkret formuliert und insbesondere keinen Zeithorizont für die Umsetzung angegeben hat.

Nicht ohne Grund hatte die Linksfraktion von der Landesregierung bereits 2019 ein konkretes Umsetzungskonzept gefordert.

Vorschlag von LINKS: **Ein Masterplan für die ländlichen Räume**

Nach fünf Jahren sind nicht mehr alle Vorschläge der Enquete-Kommission aktuell. Einige sind umgesetzt, manche haben sich erledigt, neue Herausforderungen sind dazu gekommen. Insofern ist es an der Zeit, ein aktualisiertes Handlungskonzept aufzustellen und umzusetzen. Die Linksfraktion hat dafür einen „**Masterplan ländliche Räume**“ vorgeschlagen. Vor allem bei der Sicherung der Daseinsvorsorge wie gesundheitliche Versorgung und Mobilität gibt es großen Handlungsbedarf.

In einem ersten Schritt soll dafür eine ehrliche Bestandsaufnahme durchgeführt werden, die sich auf nicht gelöste Probleme, Defizite und bisher nicht umgesetzte Maßnahmenvorschläge der Enquete-Kommission konzentriert. Darauf aufbauend sollen unter Beteiligung von Interessenverbänden und der Öffentlichkeit Handlungsvorschläge erarbeitet werden.

Die Handlungsvorschläge sollen konkret und umsetzungsorientiert formuliert und mit einem Zeithorizont versehen werden. Und es soll deutlich werden, welche Ressourcen (Personal in der Landesverwaltung und Finanzmittel) für ihre Umsetzung benötigt werden.

Der Linksfraktion ist dabei bewusst, dass fehlende Finanzmittel ein Hindernis dafür sein können, vollumfängliche Maßnahmen für den ländlichen Raum umzusetzen. Der Staat kommt schon lange nicht mehr seiner Aufgabe nach, die Daseinsvorsorge für alle Menschen abzusichern. Viele Aufgaben der Daseinsvorsorge wurden an private Unternehmen übertragen, die darauf ausgerichtet sind, Unternehmergewinne zu erwirtschaften. Diese Leistungen müssen wieder zurück in die Verantwortung der öffentlichen Hand kommen.

Aber auch öffentliche Einrichtungen stehen unter massivem Kostendruck, wie dies etwa aktuell bei den Krankenhäusern zu sehen ist. Besonders kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum sind davon betroffen. Solange beispielsweise Verkehrsvorhaben daran gemessen werden, ob sie sich wirtschaftlich lohnen, werden Projekte im ländlichen Raum angesichts der geringen Bevölkerungsdichte kaum eine Chance haben.

Dazu gehört eine gerechtere Steuerpolitik, bei der diejenigen, die es sich leisten können, einen höheren Anteil zum Gemeinwohl beitragen.

Der Staat muss sich wieder mehr darauf besinnen, den Menschen die Erfüllung der grundlegenden Lebensbedürfnisse zu ermöglichen und muss akzeptieren, dass das etwas kostet. Nur so kann auch wieder Vertrauen in Staat, Politik und Demokratie hergestellt werden. Allerdings setzt dies eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der öffentlichen Hand voraus.

Aus Sicht der Linksfraktion gehört dazu eine gerechtere Steuerpolitik, bei der diejenigen, die es sich leisten können, einen höheren Anteil zum Gemeinwohl beitragen. Das kann jedoch nur der Bundesgesetzgeber regeln.

Aber auch wenn das nicht geschieht und wenn Finanzen weiter knapp bleiben: Ein finanziell untersetztes Handlungskonzept würde es ermöglichen, Notwendigkeiten und Finanzbedarf zu erkennen und nötigenfalls eine Prioritätensetzung zugunsten der Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis vorzunehmen.

Ein Maßnahmenkatalog für den ländlichen Raum

Die Linksfraktion hat in ihrem Entschließungsantrag¹⁶ einige Themen identifiziert, die in dem vorgeschlagenen Masterplan vordringlich behandelt werden sollten. Die Liste orientiert sich an den Themenfeldern, die von der Enquete-Kommission gewählt worden. Sie greift noch offene Themen aus dem Abschlussbericht 2019 ebenso auf wie neue Herausforderungen. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll sie die Vielfalt der im ländlichen Raum drängenden Probleme verdeutlichen.

¹⁶ Entschließungsantrag Linksfraktion Februar 2024: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_9200/9243.pdf

Maßnahmenkatalog



Zur Plenardebatte zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission (Februar 2024)

Planungsrecht und Siedlungsstrukturentwicklung

- Verankerung inhaltlicher Schwerpunktsetzungen für die ländlichen Regionen Brandenburgs, die dann in den Regionalversammlungen ausgehandelt, konkretisiert und festgeschrieben werden.
- Rolle der Regionalplanung als Instrument der Entwicklungsplanung für den strukturschwachen ländlichen Raum und die Position der Regionalen Planungsgemeinschaften sichern, stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört auch die Bereitstellung auskömmlicher finanzieller und personeller Ressourcen, um die anstehenden Querschnittsaufgaben und den Gestaltungsauftrag kontinuierlich und sachgerecht erfüllen zu können.
- Um eine überörtliche Koordination zu gewährleisten, ist die Steuerungskompetenz der Regionalplanung – d.h. ihre formalen und informellen Planungsinstrumente – zu stärken.
- Konzepte einer aktivierenden Strukturpolitik mit dem Ziel einer Steigerung der Wertschöpfung (z.B. Ernährungswirtschaft, Tourismus, Gesundheitswirtschaft). Sicherung der Daseinsvorsorge auch „in der Fläche“, Ausbau der Bildung als Standortfaktor sowie jugend- und familienorientierte Regionalpolitik. Dafür eine stärkere Vernetzung der in den Regionen ansässigen Personen und Institutionen mit demographischer Expertise mit dem Ziel eines Wissenstransfers in die Planungspraxis sowie bei öffentlichen Investitionen unter Nutzung von Fördermitteln den Einsatz eines „Demografie-Checks“ (Vorbild Sachsen-Anhalt).

Arbeitskräftesicherung und Arbeitskräftegewinnung

- Stärkung des Ausbildungsmarkts Brandenburg insbesondere in der Peripherie (Lausitz, Prignitz etc.) durch Vernetzung mit dem Auszubildendenmarkt Berlin; Erhalt der Berufsvielfalt in Brandenburg.
- Beschleunigung des Zugangs zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten.
- Verbesserung der Willkommenskultur für migrantische Arbeitskräfte und Ausbildungsplatzsuchende durch Hilfe bei Wohnungssuche und Eingliederungshilfen gezielt in ländlichen Räumen.
- Werbung für die regionale Wirtschaft und Arbeitsplätze nach dem Vorbild der Brandenburger Landpartie (Brandenburger Job-Partie).

Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien

- Erarbeitung von Unterstützungsangeboten, damit Kommunen und Landkreise eigene Wind- und Solarparks errichten können.

- Einführung eines Förderprogramms zur Förderung von Erneuerbarer Energie-Projekten von Bürgerenergie-gesellschaften bzw. -genossenschaften analog zum Bürgerenergiefonds des Freistaates Thüringen.
- Entwicklung und Stärkung der Energieagentur Brandenburg, um flächendeckende Beratungen zu ermöglichen.

Wertschöpfung durch die Forstwirtschaft

- Überprüfung der Personalausstattung des Landesforstbetriebs mit dem Ziel, in der Fläche des Landes präsent und ansprechbar zu sein und die Beratungsangebote für Eigentümerinnen und Eigentümer kleiner Waldflächen deutlich auszuweiten.
- Verbesserung der Förderung von Forstbetriebsgemeinschaften.
- Wiedereinführung von entgeltlichen Dienstleistungsangeboten des Landesforstbetriebs auch für Flächenbesitzende über 10 ha in Gebieten ohne funktionsfähige Forstbetriebsgemeinschaft.
- Aufstellung des vom Landtag bereits eingeforderten „Aktionsplans Waldumbau“ mit Benennung der für die Umsetzung erforderlichen Ressourcen.



Bild: iStock 2157829200

Förderung der ländlichen Entwicklung durch den ELER- und LEADER-Ansatz

- Einführung verlässlicher Regionalbudgets mit niedrighwelligen Fördermöglichkeiten.
- Entbürokratisierung der Förderung.
- Kompensation wegfallender Mittel aus der GAK-Förderung für den Ländlichen Raum.
- Prüfung, auf welchem Weg Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge (z.B. Kitas, Straßensanierung) anderweitig finanziell unterstützt werden können, um die LEADER-Fördermittel zusätzlichen Projekten vorbehalten zu können.

Regionale Produkte – Produktion, Veredelung und Vermarktung

- Evaluierung der bisherigen Beratungsangebote und -strukturen für Landwirtschaft und Verarbeitung.
- Marketingkampagne für regionale Produkte.
- Zügige Etablierung der EU-Qualitätssiegel und Schaffung der Voraussetzungen, um sie als Vergabekriterium bei öffentlichen Ausschreibungen nutzen zu können.
- Fachkräfte- und Nachwuchsförderung in der Landwirtschaft.
- Aufbau regionaler Schlachtkapazitäten, Förderung der mobilen Schlachtung.

Ökolandbau und Potenziale des Berliner Marktes

- Evaluierung des Ökoaktionsplans hinsichtlich des Umsetzungsstandes der Maßnahmen.
- Verstärkung der Förderung der „Kantine Zukunft“ zur Einführung regionaler und ökologischer Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung, dabei enge Kooperation mit Berlin.
- Einführung regionaler und ökologischer Verpflegung in den Kantinen der Landeseinrichtungen.
- Förderung der Verarbeitungs- und Vermarktungskapazitäten inklusive Beratung als Voraussetzung für weiteres Flächenwachstum des Öko-Anbaus.

Tourismus

- Einführung eines Investitionsförderprogramms „Gastrobonus“ zur Unterstützung für Gastronomie und Beherbergungsbetriebe vorrangig in ländlichen Regionen.

Mobilität

- Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken im ländlichen Raum.

- Angebotsorientierte Planung des SPNV (inkl. Stundentakt als MindestbedienstANDARD) auch in peripheren Regionen.
- Ausbau der Schieneninfrastruktur über das Programm „i2030“ hinaus (z.B. Ostbahn).
- Bessere Verknüpfung der Verkehrsträger (insbesondere SPNV, ÖPNV, Fahrrad).
- Erhöhung der finanziellen Unterstützung für den kommunalen ÖPNV mit dem Ziel eines attraktiven landesweiten Angebots.
- Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Barrierefreiheit öffentlicher Verkehrsmittel.

Digitalisierung

- Entwicklung einer langfristigen, über 2025 hinaus gedachten Digitalisierungsstrategie, die das Thema Digitalisierung mit den anderen Landesstrategien verbindet, einschließlich der Bereitstellung ausreichender personeller und materieller Ressourcen.
- Deutliche Beschleunigung des Glasfaserausbaus zur Ertüchtigung der Internetverbindungen und deren Anbindung an die Endkunden, einschließlich der Bereiche Bildung, Wirtschaft und Verwaltung.

- Organisation der Datennutzung auf der Grundlage von Open Data sowie Förderung digitaler Plattformen, die einen Datenabfluss an datensammelnde Institutionen und Unternehmen ausschließen.
- Ertüchtigung der Digitalagentur des Landes zu einem Kompetenz- und Innovationszentrums, das nicht nur zwischen Land und Kommunen vermittelt, sondern Wirtschaft und Verwaltungen dabei unterstützt, digitalgestützte Angebote, Arbeitsprozesse und die Organisationsentwicklung zu gestalten.

Siedlungswasserwirtschaft

- Fortschreibung des Leitbildes zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft.
- Fortschreibung bzw. Wiederaufnahme von Fördermöglichkeiten für die Kooperation/Fusion von Aufgabenträgern.
- Wiederaufnahme der Bestrebungen zum Benchmarking gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden.
- Definition einer koordinierenden Rolle des Landes bei verbände- und kommunenübergreifenden Aufgaben.
- Konzept zur Ertüchtigung der technischen Infrastruktur.

- Berücksichtigung möglicher Beiträge der Siedlungswasserwirtschaft zur Stabilisierung des Landschaftswasserhaushaltes.
- Berücksichtigung neuer Anforderungen an die Abwasserreinigung und den Umgang mit Klärschlamm.
- Ermittlung des Bedarfs gesetzlicher Anpassungen im Wasserrecht

Frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und Bildung

- Ermittlung der Bedarfe von Kommunen bezüglich der Schaffung, Modernisierung, Renovierung, Sanierung und Verbesserung von Kita-Plätzen und Schulen in Vorbereitung einer bedarfsangepassten Aufstockung und Fortschreibung von KIP II Bildung, KIP II Kita U6 und Landesinvestitionsprogrammen zur Schaffung neuer Kita-Plätze in Kindertageseinrichtungen.
- Erarbeitung eines Landesrahmenkonzeptes mit Vorgaben zur strukturellen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026, um Kommunen Planungssicherheit bei der Schul- und Kitaentwicklungsplanung sowie bei der Schulverkehrsplanung zu geben.



- Umsetzung der Kitarechtsreform und Erarbeitung eines neuen rechtssicheren und transparenten Kitagesetzes unter Berücksichtigung der Forderung, die Kommunen durch die Abschaffung der aktuell geltenden Regelung der Fehlbedarfsfinanzierung zu entlasten. Mit einem neuen Finanzierungskonzept ist zugleich sicherzustellen, dass die Qualität der Kindertagesbetreuung zukünftig nicht mehr von der Stärke des kommunalen Haushaltes abhängig ist.
- Überarbeitung der Personalbemessungsregelungen im Kitarecht und Umsetzung einer landesweiten Fachkräfteoffensive, um dem zunehmenden Fachkräftemangel im ländlichen Raum zu begegnen.
- Evaluierung der bisher geltenden Regelungen zur Beitragsbefreiung und –entlastung und Prüfung von unbürokratischen Modellen zur sofortigen Umsetzung der kompletten Elternbeitragsfreiheit.
- Erfassung aller nicht besetzten Lehrer:innenstellen und Eruierung von Schwerpunktschulen (Schulen mit besonderen Herausforderungen). Entwicklung eines Konzeptes zur Kapitalisierung nichtbesetzter Stellen, Abstimmung einer Fachkräfteoffensive mit den Kommunen und Prüfung der Etablierung weiterer Studienstandorte der Lehrkräfteausbildung im ländlichen Raum.

- Prüfung und Etablierung von Modellen der praxisorientierten, vergüteten Ausbildung von Erzieher:innen.
- Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung zu einer praxisorientierten und vergüteten Ausbildung. Evaluierung und Ausbau der Stipendienangebote im ländlichen Raum.
- Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes zur Umsetzung der digitalen Bildung im Land Brandenburg auf Grundlage der Ergebnisse der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden (Inhalte: Definition digitaler Bildung, einer landeseinheitlichen digitalen Grundausstattung von Hard- und Software sowie Klärung der Finanzierung von Grundausstattung und Wartungsfolgekosten).
- Entwicklung und rechtliche Verankerung eines Konzeptes zur schrittweisen Ausstattung der Schulen mit multiprofessionellen Teams.

Gesundheitliche Versorgung

- Stärkung und Ausbau sektorenübergreifender Versorgungsansätze.
- Erhalt aller Krankenhausstandorte und Unterstützung bei der bedarfsgerechten Umstrukturierung zu sektorenübergreifenden Gesundheitsanbietern und zu ambulant-stationären Zentren.
- Schaffung rechtlicher und technischer Voraussetzung sowie Etablierung entsprechender Weiterbildungsangebote für verbesserte digitale Versorgungsangebote (Telemedizin, Telediagnostik).
- Ausbau des Landärzttestipendiums mindestens auf den Ausgangsstand.
- Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse von Ärztinnen und Ärzten sowie anderem medizinischen und pflegerischem Fachpersonal.
- Auswertung und ggf. Ausbau bestehender Modellprojekte wie z.B. mobile Arztpraxen, AGnES II.
- Etablierung und Ausfinanzierung von Schulgesundheitsfachkräften entsprechend der durchgeführten Evaluationen.
- flächendeckende Versorgung mit Hebammenleistungen.

Pflege

- wissenschaftliche Untersuchung der Ursachen für den überdurchschnittlichen Pflegebedarf im Land Brandenburg.
- Qualifizierung der Hilfskräfte im Pflegebereich, Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegemitarbeiter, Rotation ihres Einsatzes ermöglichen (ambulant, stationär, teilstationär), Beschleunigung Berufsanerkenntungsverfahren und Schaffung von Anreizen für Azubis, Überwindung personeller Engpässe bei der wirtschaftlich nicht lukrativen Kurzzeitpflege, Anhebung der Pflegesätze für die Kurzzeitpflege.
- Bundesratsinitiative mit einem Bündel unterschiedlicher Maßnahmen: Verbesserung der generellen Wertschätzung des Pflegeberufs, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, betriebliche Altersvorsorge und Gesundheitsförderung sowie Einführung einheitlicher Fahrtwegpauschalen.
- ständige Evaluation von Pflegeeinrichtungen zur Sicherung von Qualitätsstandards und Arbeitsbedingungen in dem Sinne, dass die Kriterien Qualität und Zuwendung eingehalten werden.

- Weiterentwicklung des bestehenden Prüfsystems ambulanter Pflegedienste zur Herstellung der größtmöglichen Sicherheit vor Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste.
- Einsatz auf Bundesebene für eine Neuausrichtung der Pflegeversicherung, so dass Eigenanteile gedeckelt werden.
- Lösung des Finanzierungsproblems für Träger: Im Rahmen der Kurzzeitpflege ist entsprechendes Fachpersonal (Pflegedienstleitung, stellvertretende Pflegedienstleitung und Pflegefachkraft) erforderlich. Deshalb sind Synergieeffekte zwischen den einzelnen Versorgungsformen neu zu denken.
- Wertschätzung und Stärkung der Angehörigenpflege (Kompensation von Verdienstauffällen durch Pflegendengeld, Auszeiten analog Elternzeitregelung), Schulungen und Alltagsunterstützung, Gesundheitsförderung pflegender Angehöriger, Förderung von Smart-Care-Technologien zur Arbeitserleichterung für pflegende Angehörige.
- Verbesserung des Übergangs vom Krankenhaus zur Pflege durch Einrichtung integrierter Versorgungsangebote.
- ambulante Pflegeleistungen sind flächendeckend in allen Kommunen vorzuhalten.

- Absicherung einer 100%igen Internet- und Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum für den Einsatz von Smart-Home und Smart-Care-Technologien - gesundheitlich eingeschränkte ältere Menschen können damit so lange wie möglich sicher und gut versorgt in den eigenen vier Wänden leben und Einrichtungen der stationären Pflege werden entlastet - Anwendung von Smart-Care-Technologien müssen besser erforscht, getestet und gegebenenfalls gefördert werden.

Kultur

- Prüfung der Einführung eines Kulturfördergesetzes, in dem die Ergebnisse der Kulturpolitischen Konferenzen gesichert werden.
- Stärkere Einbindung der Fachverbände in die Entwicklung neuer Förderprogramme, sowie Überführung der Verbandsförderung in die institutionelle Förderung.
- Erhöhung der Fördervolumina sowie Ausbau einer ressortübergreifenden Förderung von Soziokultur, Festivals und Populärmusik.
- Weiterentwicklung des Musik- und Kunstschulgesetzes, sowie Erarbeitung einer Strategie zur Gewinnung von Musik- und Kunstschullehrkräften.



Bürgerschaftliches Engagement

- Wiedereinführung von Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in den Landkreisen.
- Einrichtung eines Hilfsfonds für Verbände und Vereine, aus welchem die massiv gestiegenen Kosten für Strom und Wärme in Vereinsräumen aufgefangen werden können.
- Unterstützung von ehrenamtlich Engagierten durch die Wiedereinführung eines Mobilitätzuschlags, weil gerade dort, wo der ÖPNV nicht flächendeckend organisiert werden kann, das eigene Auto häufig die einzige Möglichkeit ist, das Ehrenamt auszufüllen.

Integration

- Die Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für die Integration geflüchteter Menschen sind entgegen der Darstellung im Bericht der Landesregierung nicht ausreichend vorhanden: Es fehlt an Deutschkursen und Migrationssozialarbeit, um den Menschen ein gelingendes Ankommen zu ermöglichen.
- Viele geflüchtete Menschen bleiben auch nach Anerkennung ihres Status in den Gemeinschaftsunterkünften wohnen, weil der Wohnraum in Kommunen häufig knapp bemessen ist. Ein selbstbestimmtes Leben in Brandenburg wird dadurch erschwert. Eine bessere und zielgenauere Unterstützung des kommunalen Wohnungsbaus, zum Beispiel über ein besser ausgestattetes Förderprogramm zur Sanierung von Wohnraum, könnte Abhilfe schaffen.
- Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Ländlichen Raum ist ungebrochen hoch. Nicht nur, aber gerade auch in der Landwirtschaft und im Handwerk. Dabei suchen viele Geflüchtete nach Arbeit. Beratungsstellen und Projekte, um geflüchteten Menschen passgenau in Arbeit zu bringen, sollten besser strukturiert und finanziell ausgestattet werden.

Der Ländliche Raum hat Zukunft!



Damit wir bald wirklich sagen können:
Jeder will dahin!

Der Ländliche Raum in Brandenburg steht vor vielen Herausforderungen und verfügt über großes Potenzial. Viele Menschen leben gerne hier und engagieren sich für ihre Gemeinschaft. Unternehmen entwickeln innovative Produkte und verbessern die regionale Wertschöpfung.

Neue Ideen zum Zusammenleben, zum kulturellen Austausch, zur Tourismusförderung und zum Naturerleben werden entworfen und umgesetzt. Das sind gute Voraussetzungen, den ländlichen Raum positiv zu entwickeln.

Aber das alles ist kein Selbstläufer: Die Politik entscheidet, ob sie die Rahmenbedingungen so setzt, dass gute Initiativen und gutes Leben auf dem Land gefördert werden, oder ob Entwicklungen ausgebremst und abgewürgt werden.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Enquete-Kommission brachte die Linksfraktion im Landtag Brandenburg konkrete Vorschläge und Handlungsempfehlungen ein und stellt diese zur Diskussion – damit in der nächsten Legislaturperiode die Weichen richtig gestellt werden für den Ländlichen Raum.

Und damit wir bald wirklich sagen können:
„Jeder will dahin!“



